

Projektvorhaben und -ergebnisse



Ausgangsfragen und Zielsetzung des Projekts

Ausgangspunkt des Projektes ist die Beobachtung gewesen, dass sich Beiträge des politischen Denkens nicht mehr eindeutig in das Quartett der politischen Ideologien (Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus/Sozialdemokratie und grünes politisches Denken) zuordnen lassen: So können manche der Überlegungen, die der als linksliberal bekannte Jürgen Habermas in bio- und religionspolitischen Beiträgen geäußert hat, eher dem konservativen politischen Denken zugerechnet werden; Meinhard Miegel, ehemaliger CDU-Parteistrateg, veröffentlicht zahlreiche Titel zur Postwachstumsgesellschaft, die man von ihrer Ausrichtung im grünen politischen Denken vermutet; Sahra Wagenknecht preist als ehemalige Vorsitzende der Kommunistischen Plattform der PDS in ihrem Werk „Freiheit statt Kapitalismus“ die soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards explizit als einen Weg zum „kreativen Sozialismus“ und der grüne Minister und Schriftsteller Robert Habeck plädiert dafür, den Begriff des Patriotismus aus seiner nationalistischen Engführung zu befreien und auch für die deutsche Linke anschlussfähig zu machen. Vor dem Hintergrund dieser Beobachtungen im Bereich der politischen Publizistik hat das Projekt die systematisch tiefergehende Frage gestellt, ob die Sortierung nach vier Grundströmungen, wie sie sich in Deutschland für das politische Denken entlang der mit den jeweiligen Ideen verbundenen politischen Akteure entwickelt hat, noch überzeugend ist.

Es sollten zunächst die zwischen 1989 und 2015 erschienenen relevanten Beiträge des politischen Denkens in Deutschland systematisch erfasst und zusammengetragen werden. Anschließend sollte der Bezug dieser Beiträge zum Liberalismus, Konservatismus, Sozialdemokratie/Sozialismus und dem grünen politischen Denken im Zentrum des Interesses stehen. Um die Frage nach dem Zusammenhang des zeitgenössischen politischen Denkens zu den tradierten Ideologien beantworten zu können, sind insgesamt drei Zielsetzungen formuliert worden.

1. (Weiter-)Entwicklung des Begriffs „politisches Denken“

Um eine Bestandsaufnahme des zeitgenössischen politischen Denkens in Deutschland leisten zu können, ist zunächst ein forschungsleitender Begriff des politischen Denkens entwickelt worden. Wenngleich zwar in der deutschsprachigen Politischen Theorie und Ideengeschichte das „politische Denken“ in den letzten Jahren häufig im Titel von Überblickswerken und Sammelbänden zu finden ist, fehlt weiterhin ein systematisches und reflektiertes Verständnis von dessen Spezifika. Erstes Ziel des Projektes ist es daher gewesen, weiter an dem bereits im Antrag entwickelten Begriff zu arbeiten, um schließlich ein Verständnis zu präsentieren, das einerseits für das Projekt forschungsleitend ist und andererseits einen Beitrag Impuls für die politiktheoretische Debatte zu leisten vermag.

2. Kartographierung des zeitgenössischen politischen Denkens

Zweites Ziel des Projektes ist es gewesen, das mit diesem entwickelten Begriff bezeichnete politische Denken der Bundesrepublik im Zeitraum zwischen 1989 und 2015 systematisch zu erfassen und thematisch zu ordnen. Hierfür wurden zum einen die relevanten auf Verkaufsdaten basierenden Sachbuchbestsellerlisten durchgesehen (quantitativer Filter) und zum anderen auch die von Expertinnen und Experten erstellten Sachbuchbestenlisten sowie Empfehlungen für politische Literatur in überregionalen Zeitungen und Rundfunkmedien (qualitativer Filter) in die Analyse mit einbezogen. Nachdem somit ein Bestand an relevanten

Beiträgen erhoben worden ist, galt es anschließend eine erste ‚Landkarte‘ des zeitgenössischen politischen Denkens zu skizzieren, die Auskunft darüber gibt, welche herausragenden Themen und Probleme politisch relevant waren und sind.

3. Ideengeschichtliche Entwicklung der Ideologien

Drittes Ziel des Projektes ist es gewesen, die Ideengeschichte und spezifische Entwicklung der tradierten Ideologien in Deutschland fortzuschreiben. Hierfür sollten vor dem Hintergrund des Forschungsstandes zunächst die ideengeschichtlichen sowie inhaltlichen Kernaussagen des konservativen, liberalen und sozialistischen / sozialdemokratischen politischen Denkens und – für die letzten drei Jahrzehnte – des grünen politischen Denkens in Deutschland rekonstruiert werden. Sodann gilt es ausgewählte Beiträge des politischen Denkens danach zu befragen, ob und wenn ja wie sie die vier politischen Strömungen weiterentwickelt haben. Drei Annahmen über die Beziehung des zeitgenössischen politischen Denkens zu den Ideologien wurden forschungsleitend formuliert:

Zielsetzungen

1. Einige Beiträge des zeitgenössischen politischen Denkens entwickeln die vier Ideologien Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus / Sozialdemokratie und grünes politisches Denken an deren Sollbruchstellen produktiv weiter; diese Beiträge lassen sich innerhalb dieses Quartetts verorten und tragen jeweils zu ihrer Dynamik bei.
2. Andere Beiträge beziehen sich jeweils auf unterschiedliche und ausgewählte Elemente der Ideologien im Sinne eines „cross-cuttings“ von Ideen: diese Beiträge tragen zu einer Fusion der bestehenden Richtungen bei.
3. Wieder andere Beiträge des zeitgenössischen politischen Denkens weisen mit der Problematisierung neuer politischer Herausforderungen über das bestehende ideologische Quartett hinaus oder beziehen sich gar nicht erst auf dieses. Diese Beiträge belegen eine ‚Erschöpfung‘ der traditionellen Ideologien und zeigen für die Zukunft des politischen Denkens neue Entwicklungslinien auf, die einer eigenen Systematisierung bedürfen.

Die Bestandsaufnahme und Systematisierung des zeitgenössischen politischen Denkens in Deutschland war unmittelbar mit der Frage nach der Relevanz liberaler, konservativer, sozialistischer / sozialdemokratischer und grüner Beiträge des politischen Denkens nach 1989 verbunden. Somit waren zwei Fragen zentral für das methodische Vorgehen des Projektes: 1. Was sind *relevante* Beiträge des *politischen Denkens* in der Bundesrepublik? 2. Lassen sich diese identifizierten Beiträge noch den ‚klassischen‘ politischen „Bewegungsbegriffen“ (Reinhart Koselleck) Liberalismus, Konservatismus oder Sozialismus / Sozialdemokratie zuordnen oder ist eine andere Systematisierung dieser Beiträge notwendig? Die ‚Trias‘ der seit dem 19. Jahrhundert etablierten Ideologien wurde hier um die eigenständige Strömung ökologischen politischen Denkens erweitert.

Empirische Erhebungen

Zentral für die Auswahl der Beiträge des Projektes ist der Begriff des ‚politischen Denkens‘. Schon im Antragstext wurde bewusst ein weites forschungsleitendes Verständnis von ‚politischem Denken‘ präsentiert, welches in Anlehnung an die Arbeiten von Henning Ottmann und Michael Th. Greven als „ein Denken *der* Politik, das als ein Nachdenken *über* Politik, ein problemorientiertes und beratendes Denken *für* die Politik oder

ein spekulatives, unter Umständen auch utopisches Denken von Politik“ beschrieben wurde. Diese Konzeption grenzt sich somit bewusst von einer Konzeption der politischen Ideengeschichte ab, in welcher vorrangig Texte und Quellen von kanonisierten Theoretikerinnen und Theoretikern oder Philosophinnen und Philosophen im Mittelpunkt stehen. Demgegenüber wird mit dem Begriff ‚politisches Denken‘ auf die universelle menschliche Kompetenz eines reflektierten und problemorientierten Umgangs mit politischen Themen verwiesen. Im Fortgang des Projektes stellte sich jedoch heraus, dass die anfängliche Beschreibung notwendig präzisiert und um weitere Dimensionen ergänzt werden musste. Die Reflexion über das ‚politische Denken‘ konnte an die hierzulande noch wenig rezipierte englischsprachige Debatte über die Differenzen des *political thought / political thinking* und des *thinking about politics* anknüpfen. Vor allem die methodisch-konzeptionellen Überlegungen von Michael Freedon haben sich im weiteren Verlauf als gewinnbringend erwiesen und wurden durch die kritische Diskussion in den Publikationen des Projektes in die Debatte zum politischen Denken und der Ideologieforschung eingeführt. Im Zuge dieser und anderer Erörterungen der vormaligen Beschreibung wird das politische Denken nunmehr als „ein reflektiertes Nach-Denken über Politik (a), ein problemorientiertes beratendes und appellierendes Denken für die politische Praxis, verstanden, das auch unkonventionell ausfallen kann (b)“. Dieser weite Begriff des politischen Denkens qualifiziert viele bisher in der Disziplin nur wenig rezipierte Beiträge als relevant für die politikwissenschaftliche Forschung. Nicht nur die (politik-)wissenschaftlichen Veröffentlichungen von Philosophen wie Jürgen Habermas oder Peter Sloterdijk sind demnach für die Politische Theorie und Ideengeschichte von fundamentalem Interesse, sondern gerade auch die tagesaktuellen politischen Interventionen dieser *public intellectuals*. Daher bieten auch die ‚akademisch unprofessionellen‘ Beiträge von Schriftstellerinnen und Schriftstellern wie Juli Zeh, Karen Duve oder Ingo Schulze, von Publizistinnen und Publizisten wie Alice Schwarzer, Frank Schirrmacher oder Jakob Augstein sowie die populären Veröffentlichungen von Politikerinnen und Politikern wie Thilo Sarrazin, Joschka Fischer oder Sahra Wagenknecht einen bisher unerschlossenen Fundus für die politikwissenschaftliche Forschung.

War im Antragstext in Bezug auf Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus / Sozialdemokratie und grünem politischen Denken noch von ‚Ideenströmen‘ die Rede, so wurde in der Konzeptionalisierungsphase bewusst der Begriff der Ideologie(n) für diese politischen Phänomene gewählt. Dies geschah v.a. im Hinblick auf die englischsprachige politikwissenschaftliche Forschung, in der ein pragmatischer und selbstverständlicher Gebrauch des Begriffes vorherrschend ist und welcher vom Projekt auch für die zukünftige deutschsprachige Forschung angestrebt wird. Innerhalb des Projektes wurde für die hier relevanten Ideologien zunächst eine ideengeschichtliche Rekonstruktion vorgenommen, aus der dann eine heuristische ‚Minimaldefinition‘ entwickelt wurde. Die konstitutive Frage des *Liberalismus* ist demnach, wie die politische Organisation einer Gesellschaft gestaltet werden soll, ohne die individuelle Freiheit ihrer Mitglieder zu bedrohen. Der Liberalismus betont daher den Schutz grundrechtlich gesicherter subjektiver Handlungsfreiheit und formuliert seine Skepsis gegenüber staatlicher Steuerung und der Regulierung von gesellschaftlichen Beziehungen. Der *Konservatismus* hebt dagegen die sinnstiftende Funktion von traditionellen und vorpolitischen Werten hervor und betont die Notwendigkeit („gewachsener“) politischer Ordnung und sozialer Gemeinschaften sowie eine grundsätzliche Skepsis gegenüber der Planbarkeit von gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen. Die sozialen Voraussetzungen für die Verwirklichung politischer Gleichheit und die damit verbundenen Inklusionsforderungen benachteiligter Mitglieder der Gesellschaft sind die Triebfedern des *Sozialismus*. *Sozialdemokratisches* und *sozialistisches* politisches Denken eint die Problemdiagnose einer nicht hinreichend verwirklichten Gleichheit. Auch wenn das

reformorientierte sozialdemokratische Denken – in bewusster Abkehr von einem revolutionär-orthodoxen sozialistischen Denken – mindestens die Grundwerte des liberalen Rechtsstaats, der parlamentarischen Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft anerkennt, speist es sich weiterhin aus diesem Grundwert des Sozialismus. Daher erscheint es hier gerechtfertigt, sozialistisches und sozialdemokratisches Denken als zwei Arme einer Ideologie anzusehen. Das Aufkommen des *grünen politischen Denkens* in der Bundesrepublik ist auf die Erfahrung der destruktiven Dynamik der industriellen Produktions- und Konsumtionsweise für die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen – sowohl unter kapitalistischen wie sozialistischen Regimes – zurückzuführen. Das Prinzip der Zukunftsverantwortung steht hier im Mittelpunkt, für das heute der programmatisch verstandene Begriff der Nachhaltigkeit steht.

Empirische Erhebungen – Medienrecherche und Expertenbefragung

Um den Bestand des zeitgenössischen politischen Denkens in Deutschland nach 1989 zu erfassen, wurde ein Mix aus quantitativen und qualitativen Erhebungen vorgenommen. Dies erfolgte im Rahmen einer *Medienrecherche*, welche sich auf relevante Veröffentlichungen politischer Sachbücher bezog. Dazu wurden die von der Fachzeitschrift „buchreport“ erhobenen Sachbuch-Bestsellerlisten (Grundlage für die „Spiegel-Bestseller“) quantitativ ausgewertet. Zusätzlich sind zwei ausschließlich auf qualitativen Kriterien beruhende Titelselektionen herangezogen worden, die eine öffentlich attestierte Qualität von Beiträgen des politischen Denkens ausdrücken: Einerseits handelt es sich um die seit 1992 in Kooperation von Süddeutscher Zeitung und dem Radiosender NDR-Kultur veröffentlichten Listen der „Sachbücher des Monats“ und andererseits um die seit 2008 im Deutschlandfunk-Magazin „Andruck“ vorgestellten Buchempfehlungen für politische Literatur. Die konkrete Auswahl der Titel erfolgte erstens nach der formalen Bedingung, dass die Beiträge eine gewisse *Rezeption in der Bundesrepublik seit 1989* erfahren haben. Zweitens mussten die Beiträge in Anlehnung an den explizierten Begriff des politischen Denkens ein bestimmtes *Problem oder Problemlagen als politisch relevant qualifizieren* und dies mit einem *Lösungsvorschlag oder Appell* verbinden.

Der so ermittelte Datenbestand der Medienrecherche umfasst ca. 1.500 in Buchform erschienene Beiträge politischen Denkens. Da jedoch relevante ereignisbezogene Interventionen und Essays so nicht erfasst werden können, wurden darüber hinaus für das politische Denken relevante Magazine und Zeitschriften auf wichtige Beiträge hin untersucht. Da eine umfassende Erhebung der überregional erscheinenden Tages- und Wochenzeitungen und politischen Journale im Rahmen dieses Projektes nicht zu leisten war, wurde sich hierfür auf die Rubrik „Essay“ des Magazins „Spiegel“ und alle Ausgaben des *Lettre International* sowie des politischen Monatsmagazins „Cicero“ im Untersuchungszeitraum beschränkt. Somit wurde der über die Medienrecherche gewonnene Bestand des politischen Denkens um weitere rund 400 Text-Beiträge ergänzt.

Dieser durch die Medienrecherche gewonnene Bestand ist außerdem um die Ergebnisse einer *Expertenbefragung* erweitert worden. Diese Befragung diente auch einem ersten qualitativen Abgleich der über die Bestseller- bzw. Sachbuchbestenlisten erhobenen Titel. Hierzu wurden ca. 500 Expertinnen und Experten aus den Bereichen Politik, Wissenschaft und Publizistik gebeten, bis zu zehn der für sie relevanten Beiträge (Monographien, Essays, Aufsätze etc.) des politischen Denkens seit 1989 zu benennen. Die Auswahl der Expertinnen und Experten erfolgte in den Bereichen Wissenschaft und Publizistik vor dem Hintergrund ihrer Anbindung an eine Institution, der in Bezug auf die Analyse der relevanten Zeugnisse des politischen Denkens eine privilegierte Stellung zukommt (Universitäten, Pressewesen,

Stiftungen) und im Bereich der praktischen Politik im Wesentlichen aufgrund einer Zufallsauswahl von Mitgliedern des Deutschen Bundestages im Zeitraum von 1992 bis 2009. Mit dieser Expertenauswahl verband sich die Überlegung, die theoretische und praktische Perspektive bzw. Teilnehmer- und Beobachterperspektive in Bezug auf das politische Denken zu verbinden. Insgesamt sind von allen Befragten nach Abzug der Dopplungen weitere 356 Titel (314 Monographien / Sammelbände; 21 Aufsätze in wissenschaftlichen Fachzeitschriften; 15 Essays; 11 Romane / Biographien und 3 Zeitungsartikel) für die Datenbank genannt worden.

Die tatsächlich identifizierte Anzahl an so ermittelten Beiträgen überstieg die erwartete Zahl deutlich. Aufgrund dieser Tatsache beanspruchte die zweite Phase erheblich mehr Zeit als ursprünglich kalkuliert, was der wesentliche Grund dafür ist, dass das Forschungsprojekt die Bearbeitung der dritten Fragestellung (zur ideengeschichtlichen Entwicklung der Ideenströme respektive Ideologien) im Förderzeitraum nur ansatzweise leisten konnte. Festzuhalten bleibt trotz der Bemühungen eine möglichst umfassende Bestandsaufnahme des politischen Denkens vorzulegen, dass mit den identifizierten Beiträgen zwar die Konturen einer ersten ‚Landschaft‘ des politischen Denkens der Bundesrepublik seit 1989 deutlicher geworden sind, allerdings zukünftig noch weitere ‚Kartographierungen‘ gerade an den politischen Rändern notwendig sind. Viele Beiträge finden sich nämlich in diversen kleineren und thematisch spezielleren oder explizit politisch-programmatischen Publikationen, die im Rahmen dieses Projektes nicht untersucht werden konnten. Allerdings wurden gerade mit Bezug auf die Veränderungen der vier Ideologien etliche Aufsätze und Essays aus einschlägigen Zeitschriften (bspw. Blätter für deutsche und internationale Politik, Die Politische Meinung, Berliner Republik) von den Projektbeteiligten ergänzt und als ‚Kieler Auswahl‘ kenntlich gemacht. Auch die intensivere Systematisierung der Beiträge brachte neue Titel hervor, die notwendig ergänzt werden mussten, weil sie durch das hier angelegte Raster gefallen sind.

Systematisierung und Ausblick

Systematisierung und Kategorisierung des Bestandes

Insgesamt ergab sich aus beiden Erhebungen ein Bestand des zeitgenössischen politischen Denkens von rund 2.200 Titeln. In einem weiteren Schritt musste dieser umfangreiche Bestand nun systematisiert und kategorisiert werden. Da das komplette Lesen dieser großen Anzahl an Titeln nicht möglich war und auch nicht angestrebt wurde, erfolgte die Kategorisierung durch Querlesen der jeweiligen Werke, der Berücksichtigung ihrer Klappen- und Schmutztitel sowie durch Hinzuziehung von Rezensionen aus den Archiven bzw. Online-Datenbanken von ausgewählten überregionalen Tages- und Wochenzeitungen (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Die Zeit, Der Spiegel). Um diesen Bestand an unterschiedlichsten thematischen Werken zu systematisieren, wurden in einem gemeinsamen diskursiven Prozess der Projektbeteiligten zunächst induktiv aus inhaltlich ähnlichen Werken Themenfelder gebildet. Im weiteren Verlauf wurden dann aus diesen Clustern profiliere Kategorien mit Untergruppen entwickelt. Dieses methodische Vorgehen lässt sich mit dem Bild einer ‚hermeneutischen Spirale‘ beschreiben: Die Kategorienbildung spiegelt die vorhandenen Vorverständnisse der Projektbeteiligten wider und nimmt seinen Ausgangspunkt daher bei den Erwartungen über den Bestand selbst, dem historischen Wissen sowie den Kenntnissen über die seit 1989 geführten Debatten. Diese Vorverständnisse und die bereits im Vorlauf des Projektes entwickelten Kategorien sind dann am Material stetig erweitert, geschärft sowie ggf. revidiert worden und bezogen auch den Stand der sozial- und geschichtswissenschaftlichen Forschung mit ein.

In der thematischen Systematisierung des Bestands kristallisierten sich neun zentrale Kategorien heraus. Qualitativ am interessantesten, aber quantitativ nicht annähernd gleichbedeutend im Vergleich zu den übrigen Kategorien waren diejenigen Beiträge, welche sich explizit auf eine der vier Ideologien bezogen. Die explizierten Themen und Problemfelder sind zum einen im Sinne von zeitlosen Konstanten des politischen (Nach-)Denkens zu verstehen (u.a. Verfassung des Staates, Weltordnung im Konflikt oder Religion und Politik), zum anderen sind aber auch im untersuchten Zeitraum ganz neue politische Herausforderungen und gesellschaftliche Veränderungen entstanden. Viele Beiträge des zeitgenössischen politischen Denkens problematisieren diese neuen Entwicklungen – wie den als ‚Digitale Revolution‘ beschriebenen technischen Wandel, die kritische Diskussionen um die institutionelle (Re-)Form und kulturelle Dimension der Europäischen Union oder die ökologische Frage des sog. anthropozänen Klimawandels – und entwickeln entweder ein erstes Problembewusstsein oder bieten erste Lösungsansätze oder Strategien. Der Titel der Kategorie „Das Private ist politisch 2.0“ greift ein Credo der Studentenbewegung der 1960er und 70er Jahre auf, um eine gegenwärtig zunehmende politische ‚Ethisierung‘ der privaten Lebensführung zu beschreiben, die sich in einer zunehmenden Hinterfragung der etablierten Geschlechterrollen oder von vermeintlich individuellen Konsum- oder Lebensstilentscheidungen offenbart. Die Reflexionen über Gegenwart und Zukunft der deutschen Gesellschaft spiegeln sich in den Beiträgen zur „Deutschen Identität“ wider, in der einerseits die historisch-politischen Debatten über die Gegenwart der Vergangenheit zusammengefasst werden und andererseits kontrovers über die politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen der Realität Deutschlands als Einwanderungsland debattiert wird.

Arbeit mit dem Bestand des zeitgenössischen politischen Denkens

In der abschließenden Phase des Projektes wurde die konkrete Arbeit mit dem Bestand des zeitgenössischen politischen Denkens angegangen. So wurden die relevanten Konfliktlinien innerhalb der einzelnen Themen nachgezeichnet und die jeweils markantesten Werke dieser Debatten herausgestellt. In der Unterkategorie „Die repräsentative Demokratie in der Kritik“ („Verfassung des Staates“) ließ sich bspw. eine kontroverse Diskussion über Institutionen und Voraussetzungen des westlich-liberalen Demokratiemodells identifizieren, welche die potentielle Entwicklung zur ‚Postdemokratie‘, die Kritik am vermeintlich expandierenden ‚Parteienstaat‘ sowie die Forderungen nach einer Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten beinhaltet. Daneben wurden die Titel besonders intensiv betrachtet, welche sich direkt auf eine der Ideologien beziehen. So lässt sich beim Konservatismus in Deutschland eine seit den 1970er Jahren erkennbare Entzweiung in einen moderaten und einen radikalen Konservatismus auch nach 1989 festhalten. Während die moderaten Konservativen sich ohne Frage zur parlamentarischen Demokratie und dem liberalen Rechtsstaat bekennen, ist auf Seiten radikalkonservativer Akteure (bspw. Karlheinz Weißmann, Heimo Schwilk oder Alexander Gauland) eine grundsätzlich antiliberalen und modernitätsskeptische Grundhaltung erkennbar. Beide Richtungen beziehen sich in ihren Schriften immer wieder positiv auf die Ideen des ‚Konservatismus‘ und können auch für ihre Programmatiken plausible ideengeschichtliche Bezüge vorweisen – einerseits eine ‚moderate‘ Rezeptionslinie von Edmund Burke über die deutsche Romantik bis zum konservativen Widerstand im Nationalsozialismus und andererseits eine ‚radikalere‘ ideenpolitische Adaption von Burkes Schriften und dem gegenaufklärerischen politischen Denken des 19. Jahrhunderts sowie v.a. dem Gedankengut der ‚Konservativen Revolution‘ im beginnenden 20. Jahrhundert.